

Was nunmehr kommen muß . . .

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In unzweideutiger Weise, öffentlich und amtlich, hat Lord George die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen als eines der Kriegsziele, ohne deren Erreichung England die Waffen nicht niederlegen würde, bezeichnet, und fast gleichzeitig hat, selbstverständlich im Einvernehmen mit London, Herr Ribot in der französischen Kammer das unbedingte Zusammenstehen der beiden Westmächte in dieser Frage bestätigt. Die beiden Staatsmänner haben damit der Welt nichts Neues gesagt. Schon vor ihnen hat der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen im Reichstag mitgeteilt, die deutsche Regierung habe sich die Weigerung verschafft, daß England gegenüber Frankreich in der Elsaß-Lothringischen Frage diplomatische Verpflichtungen übernommen habe. Diese Mitteilung konnte in dem Abwärtstritt des Krieges, an den wir jetzt gelangt sind, in der Stunde, da durch die vorangegangene internationale Erörterung der Friedensmöglichkeiten die Hoffnung von Millionen und Abermillionen in allen Ländern auf das höchste gespannt war, nur die Absicht und die Bedeutung einer öffentlichen Anklage haben, und es ist nichts weiter geschehen, als daß die Angeklagten sich mit ungebeugtem Trotz zu ihrer Schuld bekannten. Noch vor einigen Monaten hätten, in ähnlicher Weise apostrophiert, die leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs mit Phrasen und Ausflüchten und Gegenbeschuldigungen geantwortet. Darüber sind sie jetzt hinaus. Der in der französischen Kammer erhobene Forderung nach einer energischeren Kriegspolitik wird damit vollauf ausgesprochen. Man sagt endlich einmal, daß man den Frieden nicht will und auf Eroberungen bestehe. Die Friedensdiskussion, wie sie in den letzten Monaten unter gespanntester Aufmerksamkeit der leidenden Welt vor sich ging, ist damit freilich vorderhand zu Ende, aber wenigstens ist Klarheit gewonnen, und die Gemüter sind gehörig vorbereitet auf das, was nunmehr kommen muß.

Eine tiefere, dabei entschlossene Stimmung kennzeichnet die Haltung, die in den leitenden Kreisen der Monarchie gegenüber der Friedensverweigerung, deren empörte Zeugen wir soeben geworden sind, angenommen wird. Man gibt sich volle Rechenschaft darüber, daß die Partei der Kriegshetze in London und Paris noch einmal den Sieg über die Friedenssehnsucht der Massen errungen hat. Und daß der menschenfreundliche Versuch, den Krieg vom militärischen auf das diplomatische Geleise zu schieben, fehlgeschlagen hat. Es kann keine Rede davon sein, daß die Mittelmächte etwa Anlaß hätten, diesen von ihnen unternommenen Versuch zu bereuen. Auch fehlgeschlagen, bedeutet er eine unermeßliche Verstärkung unserer moralischen Stellung. Unsere Völker wissen jetzt noch bestimmter als bisher, daß sie in einem Kampf nicht für Eroberungen, sondern für die Selbstverteidigung stehen, und selbst jene, die noch zweifelten und an die Möglichkeit eines Mißverständnisses glaubten, solange diese Tatsache als eine Behauptung der eigenen Regierung ihnen entgegentrat, müssen schmerzlich und endgültig bekehrt sein, da sie ihnen nun von den feindlichen Staatsmännern selbst bestätigt wird. Aus dieser Erkenntnis werden wir alle, zu welcher Partei wir uns auch zählen, den Mut schöpfen, auszuharren, bis die Rede über den Frieden eine günstigere Zeit und größere Empfänglichkeit vorfindet. Wie in den Sommertagen des Jahres 1914, in den Tagen des ungeheuren Ueberfalls einer lange verschworenen Koalition, wird jetzt alles, was nicht dem Gedanken der Verteidigung dient, zurücktreten, die harte Notwendigkeit des Abwehrkrieges tritt wieder in den Vordergrund, und die bis zur Brutalität offenerherzigen Worte, mit denen zumal die englische Presse die amtliche Abgabe an die Friedensidee begleitet, sind die ersten Schüsse in einem frisch eröffneten Feldzuge, die alles auf den Plan rufen, was die Vorstellung eines zu Unrecht angegriffenen und mit Vergewaltigung und Demütigung bedrohten Vaterlandes nicht erträgt.

Die Forderung, daß nicht die Staatsmänner, sondern die Völker die Sache des Friedens in die Hand nehmen sollten, hat, in unserem Lande und zu dieser Stunde erhoben, jeden Sinn und alle Berechtigung verloren. Denn die Staatsmänner der Mittelmächte haben im Interesse des Friedens alles getan und geleistet, was selbst weitgespannte Erwartung von ihnen erwarten durfte. Die gegenseitige Räumung der besetzten Gebiete hat im vollen Einklang mit der Papstnote Graf Czernin als Voraussetzung eines direkten und dauernden Friedens verkündet, und das Deutsche Reich, das die längste Zeit als unser heimlicher Widerpart in der Friedenssache geschildert wurde, hat durch den Mund des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann der Welt zu wissen gegeben, daß es nicht für phantastische Eroberungsziele, sondern für die Unversehrtheit seines Gebietes kämpfe. Diese Erklärungen sind auch in den Entente-Ländern in dem Sinne verstanden worden, in dem sie abgegeben wurden. Es ist jetzt klar — schrieb die Times —, welchen Frieden Deutschland zu schließen wünscht: einen Frieden, bei dem es nichts